

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie zu unserer heutigen, der 110. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Die Namen der für heute **entschuldig**ten Abgeordneten werden entsprechend in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die heutige Tagesordnung um einen Tagesordnungspunkt 2 neu mit dem Titel „Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW)“ Drucksache 17/11990 zu ergänzen.

Eine Aussprache zu diesem neuen Tagesordnungspunkt soll nicht stattfinden. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Wir kommen somit zur Aktuelle

1 ThyssenKrupp – Die Deindustrialisierung NRW geht weiter voran. Was macht die Landesregierung, um die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig zu halten?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11895

In Verbindung mit:

Corona-Krise gefährdet die Zukunft einer modernen Stahlindustrie an Rhein und Ruhr – den Ausverkauf der Stahlsparte von ThyssenKrupp verhindern

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/11896

In Verbindung mit:

Weiterer Stellenabbau bei ThyssenKrupp – Arbeitsplätze möglichst weitgehend erhalten und Unternehmenstransformationsprozess begleiten und unterstützen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/11897

Die Fraktion der AfD, die Fraktion der SPD sowie die Fraktionen von CDU und FDP haben jeweils mit Schreiben vom 23. November gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tausende Arbeitsplätze werden abgebaut, Tausende Familien sind in ihrer Existenz bedroht.

Die Zahlen der Bilanzpressekonferenz von thyssenkrupp haben uns alle erschüttert. Deshalb ist es an der Zeit, nach Lösungen zu suchen. Aber bevor wir damit anfangen, müssen wir natürlich wissen, was der Kern des Problems ist. Warum ist thyssenkrupp überhaupt in Schieflage geraten?

Das ganze Drama bei thyssenkrupp fing vor mehr als zehn Jahren an, als sich die Manager in Brasilien spekuliert haben. Milliarden wurden versenkt. Damals hatte man trotzdem noch ein gutes Finanzpolster, sodass das Unternehmen das hätte auffangen können. Aber in dieser Situation kamen Probleme in Deutschland dazu, Probleme, die von den Politikern verursacht wurden. Es kam zum überhasteten Kernenergieausstieg, es kam zum ideologischen Kohleausstieg, beides Geschäftsfelder von thyssenkrupp; denn beim Bau von Kraftwerken braucht man sehr viel Stahl. Doch dieses Geschäftsfeld wurde politisch zerstört, auch mit der Hilfe von Minister Herrn Pinkwart und dem Ministerpräsidenten Herrn Laschet.

Die Menschen, die jetzt um ihren Arbeitsplatz fürchten, sind auch die Opfer Ihrer Politik, Herr Pinkwart.

Aber auch ein zweites Geschäftsfeld von thyssenkrupp wurde politisch zerstört. Das ist der Automobilsektor. Dieser wird systematisch aus Brüssel durch Ihre Freundin Frau von der Leyen zerstört. Dazu nimmt man beispielsweise einfach absurde Werte für den Benzinverbrauch, die kein Auto technisch mehr erfüllen kann, oder die neue EU-Norm 7, die kommen und dafür sorgen soll, dass die Abgaswerte so gering sind, dass sie eigentlich nicht einmal mehr messbar sind. Man reguliert damit die Automobilindustrie kaputt. Milliarden Strafen aus der EU drohen.

So ist es nicht verwunderlich, dass neben VW inzwischen auch BMW angekündigt hat, Fabriken für Verbrennerautos nur noch im Ausland zu bauen. Während Sie hier vom E-Auto träumen, hat die knallharte Realität Einzug in die Automobilbranche erhalten.

Vor zwei Tagen erreichte uns die nächste Schicksalsnachricht. Wieder gibt es eine Insolvenz bei einem Automobilzulieferer. Diesmal trifft es 350 Mitarbeiter in Drolshagen bei der Firma Huhn. Immer weniger Autos, die in Deutschland produziert werden, immer weniger Zuliefererbetriebe.

Alle brauchen weniger Stahl für ihre Maschinen, alle brauchen weniger Stahl für ihre Produkte. Auch das belastet dann thyssenkrupp.

Damit haben wir drei zentrale Punkte für den Niedergang von thyssenkrupp ermittelt. Erstens: Managementversagen in Brasilien. Zweitens: Politische Zerstörung des Kraftwerkmarktes. Drittens: Politische Zerstörung der Automobilindustrie.

Jetzt, wo wir die Probleme kennen, sollten wir uns einmal die Lösungen, die auf dem Tisch liegen, anschauen. Eine vermeintliche Lösung der SPD ist, der Staat sei der bessere Unternehmer und müsse bei thyssenkrupp einsteigen.

Erstens löst das die politische Zerstörung der Geschäftsfelder von thyssenkrupp nicht, und zweitens hat der Staat schon mehrfach bewiesen, dass er eben nicht der bessere Unternehmer ist. Bestes Beispiel ist der Kauf von STEAG durch einige Ruhrgebietsstädte, Ruhrgebietsstädte hauptsächlich mit SPD-Beteiligung. Ergebnis dieser Übernahme von STEAG: Tausende verlieren ihren Job, und die Kommunen haben mehrere 100 Millionen Euro versenkt, mehrere 100 Millionen Euro Steuerzahlergelder von den Fleißigen, die das alles in Deutschland wieder erwirtschaften müssen.

Die nächste Lösung durch die anderen Parteien hier: Sie wollen thyssenkrupp dazu zwingen, teurer zu produzieren, indem diese Wasserstoff im Produktionsprozess einsetzen. Mehrkosten: 30 %. Ganz im Ernst, jeder ehrliche Kaufmann würde Sie jetzt fassungslos anschauen und sich fragen, wie es einem Unternehmen helfen soll, seine Produkte zu verkaufen, wenn die Produktion immer teurer wird.

Aber Sie haben ja schon eine Lösung: Sie schütten mehrere Milliarden Euro an thyssenkrupp aus, und die freuen sich: – Ja, dann machen wir beim Wasserstoff mit. – Abgesehen davon wissen Sie noch nicht einmal, woher der Wasserstoff kommen soll. Auch diese vorgebrachte – vermeintliche – Lösung löst die Probleme bei den zerstörten Geschäftsfeldern nicht. Die richtige Lösung wäre also:

Erstens. Stärkung der Stromversorgung durch ein Kraftwerksprogramm, in dem technologieoffen Versorgungssichere Leistung für die Stromversorgung ausgeschrieben wird.

Zweitens. Stärkung der Automobilindustrie durch ein Einfrieren der EU-Abgasnorm auf den Stand der EU-Norm 6 und Wegfall aller Verbrauchsvorgaben für die Autos. Denn kein Autohersteller kann die sogenannten CO₂-Vorgaben – es geht ja um die Vorgaben, wieviel Benzin verbraucht werden darf – noch erfüllen.

Die Menschen wählen jeden Tag. Wir haben eine direkte Demokratie. Die wissen, was sie kaufen wollen. Die kaufen Ihre Elektroautos nicht. Weltweit machen Elektroautos nur einen Anteil von 0,67 % aus – da sind auch schon die Hybridautos mitberücksichtigt. Die Menschen wissen, was sie kaufen wollen. Sie wollen Ihre Elektroautos nicht. Sie wollen Verbrennerautos, mit denen man sicher durch die Stadt fahren oder auch einmal eine längere Reise auf das Land unternehmen kann. Also: Stärken Sie die Automobilindustrie, statt sie zu schwächen.

Drittens. Reduzierung der Ausschreibung für Stahlprodukte auf Länder, die faire Wettbewerbsbedingungen einhalten. Wir dürfen uns nicht mehr auf das Stahldumping durch die chinesischen Kommunisten einlassen. Ein Desaster wie bei der Leverkusener Brücke darf es nicht mehr geben.

Wenn Sie diese drei Dinge beherzigen, dann können die Arbeitsplätze der Mitarbeiter in der Automobilindustrie, in den Kraftwerken und auch bei thyssenkrupp erhalten bleiben. Zehntausende Familien mit Beschäftigten bei thyssenkrupp, zehntausende Familien im Automobilbereich würden es Ihnen danken. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann für uns Sozialdemokratinnen sagen, dass wir stolz auf unsere moderne, innovationsstarke Stahlindustrie sind, die in den vergangenen Jahren Milliarden Euro in neue Technologien und Anlagen investiert hat und damit heute zu den saubersten und innovativsten Unternehmen der Welt gehört.

Unser Stahl leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende. Denn viele Innovationen – beispielsweise bei der Windkraft oder bei leichteren Werkstoffen für die Automobilindustrie – wären ohne unseren modernen Stahl aus Nordrhein-Westfalen gar nicht möglich.

Kolleginnen und Kollegen, ist es vor diesem Hintergrund nicht erschreckend, dass 27.000 Beschäftigte bei thyssenkrupp nicht wissen, wie es für sie weitergeht, und um ihren Job bangen? Denn der Konzern hat angekündigt, dass neben den bereits geplanten

6.000 Stellenkürzungen ein weiterer Abbau von 5.000 Stellen angedacht ist. Wo bleibt da die Zukunftsperspektive?

Wir Sozialdemokratinnen kämpfen dafür, eine moderne Stahlindustrie als Kern industrieller Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen in relevanter Größe zu erhalten und zu modernisieren. Es geht uns um jeden einzelnen Arbeitsplatz – sowohl in der Stahlindustrie als auch in den dahinter hängenden Wertschöpfungsketten. Das ist für uns in der SPD-Fraktion keine Nostalgie. Denn wer über Zukunft spricht, der muss Zukunft mit den Menschen gestalten.

(Beifall von der SPD)

Gerade Stahl ist ein Grundstoff für Zukunftstechnologien und -märkte. Besonders im Hinblick auf das Funktionieren von Wertschöpfungsketten – sei es in der Automobilindustrie, sei es in der Windenergie oder bei der Elektromobilität. Stahl hat in all den Bereichen, über die wir heute sprechen, in der Vergangenheit gesprochen haben und in der Zukunft sprechen werden, eine Schlüsselrolle – gerade auch bei der Wasserstoffnutzung.

Deshalb darf es nicht sein, dass unser Stahl von Stahl, der unter schlechteren Arbeitsbedingungen – ich betone noch einmal: Arbeits- und Umweltbedingungen – produziert wird, vom Markt verdrängt wird. Fairer Wettbewerb sieht anders aus.

Die Verfehlungen und das Missmanagement, die zu mehr als dieser brisanten Situation bei thyssenkrupp Steel geführt haben, haben wir im Plenum und im Wirtschaftsausschuss hinlänglich erörtert und diskutiert. Deshalb möchte jetzt gar nicht näher darauf eingehen. Dazu beigetragen hat die Expansion in Brasilien und auch in den USA, bei der Milliarden Euro verbrannt worden sind. Wer hat daran mitgewirkt, Kolleginnen und Kollegen? – Der frühere thyssenkrupp Stahlchef Premal Desai. Wer jetzt bei den Verhandlungen an Zufälle glaubt oder dies auch nicht tut, der muss es schon mehr als verwunderlich finden, dass ausgerechnet dieser frühere Ex-Chef nun im Führungsgremium der Liberty Steel sitzt, die ein Kaufangebot abgegeben hat. Ob das für die Verhandlungen vielversprechend, gut oder schlecht ist, mag man doch bezweifeln.

Kolleginnen und Kollegen, sowohl der Wirtschaftsminister als auch wir bauen immer darauf, dass Vertrauen und Akzeptanz in der Belegschaft vorhanden sein müssen, um Strukturwandel durchzuführen. Wer sich, wie Herr Laumann in seiner Rede gestern, hier als Betriebsrat der Nation in Nordrhein-Westfalen aufspielt, der muss die Frage beantworten, wie ich dem Pfortner, dem Ingenieur oder der Schreibkraft bei thyssenkrupp Steel vermitteln kann, dass derjenige, der dafür gesorgt hat, dass die Lage so brisant ist, jetzt in dem Unternehmen sitzt, in dem solche Entscheidungen gefällt werden und der sich be-

teiligen will. Das geht nicht. So sieht Akzeptanz und Vertrauen nicht aus.

(Beifall von der SPD)

Minister Pinkwart scheint aber von der Offerte von Liberty Steel – wie man dem Handelsblatt entnehmen kann – ganz angetan zu sein und spricht

„von einem begründeten Konzept, das sehr stark von der Transformation zu grünem Stahl geleitet wird.“

Herr Minister, wenn sich die Situation so zuspitzt, wie wir es zurzeit sehen, dann gibt es die Beschäftigten gar nicht mehr, die sich um den grünen Stahl kümmern können. Das ist die Sorge der SPD-Fraktion, die uns heute hier veranlasst, noch einmal deutlich das Wort zu ergreifen.

Wir Sozialdemokratinnen wollen, dass der Stahlstandort Zukunft hat. Dazu gehört sicherlich auch die Entwicklung von grünem Stahl – auch im Hinblick auf Klimaschutz –, aber das alleine ist nicht ausreichend, um den Stahlstandort zu sichern. Es bedarf eines Zukunftskonzepts und – für die Zukunftsinvestitionen – einer gesicherten Finanzierung, damit die Stahlsparte eine Perspektive und Planungssicherheit hat.

Vor diesem Hintergrund findet es die SPD-Landtagsfraktion mehr als fragwürdig, dass Sie, Herr Minister, gegenüber dem Handelsblatt bereits zu diesem Zeitpunkt eine Beteiligung des Landes ausgeschlossen haben, obwohl die Debatte noch läuft und das Spitzengespräch, das anstelle des Stahlgipfels geplant ist, noch gar nicht stattgefunden hat. Wir müssen doch – so verstehe ich auch Ihre Wirtschaftspolitik – alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, um dazu beizutragen, dass der Stahlstandort Nordrhein-Westfalen eine Zukunft hat. Eine Staatsbeteiligung hat Vor- und Nachteile, aber Offenheit dafür dürfen wir in dieser prekären Lage schon erwarten.

Ministerpräsident Armin Laschet und Sie haben die Systemrelevanz von Stahl immer beteuert. Jetzt schließen Sie bereits eine Tür, die eine Lösung und zumindest Teil einer Lösung sein könnte. Verständnis dafür ernten Sie bei der SPD-Fraktion nicht. Wenn Ihnen die Zukunft des Stahls, die über Worte hinaus gehen muss, wichtig ist, dann haben Sie gleich im Parlament die Chance, zu erläutern, wie Sie zu dieser Entscheidung kommen. Sie stehen in der Verantwortung. Wir erwarten von Ihnen nicht nur warme Worte und die Verabschiedung von industriepolitischen Leitlinien im Kabinett. Sie müssen diese Frage mit Leben füllen und die Beschäftigten auf dieser Reise mitnehmen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns weiterhin für die Beschäftigten und für die Zukunft des Stahlstandortes Nordrhein-West-

falen stark machen. Das beinhaltet mehr, als Türen zuzuschlagen. Deswegen freuen wir uns auf die Debatte und vielleicht auf Erläuterungen aus Ihrem Munde, wie Sie sich die Situation vorstellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Herr Rehbaum.

Henning Rehbaum^{*)} (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch vor zwei Wochen haben wir an gleicher Stelle zur Lage von thyssenkrupp debattiert. Seitdem hat sich die Informationslage weiter verdichtet. Die Nachrichten aus Essen werden nicht besser. Mittlerweile geht es laut Konzernchefin Merz um 11.000 Stellen, die im Gesamtkonzern abgebaut werden sollen. Das ist eine Hiobsbotschaft.

Dazu kommt der konzernweite Verlust von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr, davon entfällt allein 1 Milliarde Euro auf den Stahlbereich. Das bedeutet, dass auch in den übrigen – nach Verkauf der Aufzugssparte – verbleibenden Geschäftsbereichen 600 Millionen Euro Verlust jährlich auflaufen.

Damit ist die Schieflage thyssenkrupps nicht nur ein massives aber lokales Thema im Ruhrgebiet. Nein, bis nach Südwestfalen und ins Münsterland hinein stehen Niederlassungen von thyssenkrupp, in denen mit vielen Tausend Fachkräften Industrieanlagen, Marinetchnik, Elektrolyseure für die Wasserstoffherstellung und viele andere Produkte für den Weltmarkt entworfen und hergestellt werden.

Thyssenkrupp ist Dreh- und Angelpunkt für lange industrielle Wertschöpfungsketten mit unzähligen Arbeitsplätzen. Auch deshalb hat die NRW-Koalition großes Interesse an einer guten Zukunft des Essener Traditionskonzerns und dem Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dass nicht nur wir, sondern auch zwei Oppositionsfraktionen eine Aktuelle Stunde zu thyssenkrupp beantragt haben, zeigt die parteiübergreifende Einschätzung der Lage. Zigtausende Familien leben von und mit thyssenkrupp. Sie alle brauchen Planungssicherheit und eine gute Zukunft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

„Erst am Dienstag, den 17.11., musste Thyssenkrupp bekannt geben, dass der letzte derzeit verbliebene Kaufinteressent für das Grobblechwerk

in Duisburg abgesprungen und die Wahrscheinlichkeit einer Schließung des Werkes mit 800 Mitarbeitern damit stark gestiegen ist.“,

heißt es im SPD-Antrag.

Seitdem gibt es eine neue Entwicklung. Die „WAZ“ meldet, dass die Dillinger Hütte bzw. Saarstahl Interesse an dem Grobblechwerk prüft. Anfang Januar übernimmt Karl-Ulrich Köhler, ehemaliger Vorstand bei thyssenkrupp Steel die Leitung der Dillinger Hütte und von Saarstahl. Jetzt hat Köhler mögliches Interesse an dem Werk geäußert, er sei der Auffassung, dass jetzt für alle noch mal die Gelegenheit sei, ihre Argumentationslage zu überprüfen. So Köhler gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters.

Die Dillinger Hütte ist nach eigenen Angaben weltweit führender Hersteller von Grobblechen. Wir als CDU-Fraktion hoffen sehr, dass die beteiligten Unternehmen zu positiven Ergebnissen kommen und das Grobblechwerk in Duisburg damit eine Zukunft bekommt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Die SPD fragt, ob es für Nordrhein-Westfalen eine Landesstrategie gibt, die das „Handlungskonzept Stahl“ des Bundes ergänzt und unterstützt. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die gibt es. Die NRW-Landesregierung hat ein umfangreiches Paket vorgelegt, das in Summe zu einer Stärkung des Industrie- und damit auch des Stahlstandorts Nordrhein-Westfalen beiträgt – das industriepolitische Leitbild, die Energieversorgungsstrategie, die Wasserstoff-Roadmap. Wir haben schon intensiv darüber debattiert.

Wichtig ist vor allem eine Erkenntnis: Die europäische und internationale Stahlindustrie hat strukturelle Schwierigkeiten wie Überkapazitäten, Dumpingpreise und Handelshemmnisse, die durch Aktionen einzelner Bundesländer nicht gelöst werden können. NRW hat sich deshalb aktiv und gestaltend in die Konzeption des „Handlungskonzepts Stahl“ auf Bundesebene eingebracht und zudem die „Allianz für Stahl“ mit initiiert.

Ein Staatseinstieg erweckt große Hoffnungen, ist aber per se kein Allheilmittel für strukturelle Probleme. Auch beseitigt er keine Überkapazitäten im Markt. Auch die Vision einer Deutschen Stahl AG wird wieder benannt. Doch weder Salzgitter noch Saarstahl ziehen eine Fusion der deutschen Stahlproduzenten ernsthaft in Erwägung; sie haben diese stets öffentlich abgelehnt.

„Ruhrbischof“ Franz-Josef Overbeck hat angesichts des verschärften Stellenabbaus bei thyssenkrupp dazu aufgerufen, nach außergewöhnlichen Antworten auf die Krise des Stahl- und Industriekonzerns zu suchen. Die derzeit extrem schwierige Lage von thyssenkrupp sei ganz wesentlich auch auf die Coronapandemie zurückzuführen, sagt Bischof Overbeck.

Ich zitiere den Bischof mit Erlaubnis des Präsidenten:

„In einer solchen außerordentlichen Krise sind außergewöhnliche Antworten nötig, die man in normalen Zeiten so nicht in Erwägung ziehen würde.“

Ja, ein möglicherweise entscheidender Teil der Misere bei thyssenkrupp beruht auf coronabedingten Umsatzeinbrüchen, insbesondere in der Automobilindustrie.

Für systemrelevante Großunternehmen, die durch Corona in existenzielle Schwierigkeiten geraten, hat die Bundesregierung den Wirtschaftsstabilisierungsfonds ins Leben gerufen. Auf den ersten Blick scheint der Wirtschaftsstabilisierungsfonds das Mittel der Wahl zu sein, um thyssenkrupp Steel direkt zu unterstützen und Liquidität zu sichern. Gespräche unter Einbeziehung des Landes NRW dazu laufen. Der Bund ist in der Hauptverantwortung, die Modalitäten mit dem Unternehmen zu klären.

Zur Frage einer Übernahme oder Fusion gibt es unterschiedliche Informationen, ob Liberty Steel, die schwedische SSAB oder ein zweiter Anlauf der damals gescheiterten Fusion mit Tata Steel. Wir als Landespolitiker legen Wert darauf, dass Standorte und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Und auch so viel sei gesagt: Dass mit Premal Desai, der Ex-Stahlchef von thyssenkrupp, jetzt bei Liberty am Tisch sitzt, stößt vielen sauer auf. Doch sollte es in dieser Situation verständlich sein, dass Eigentümer und Aufsichtsgremien Angebote, die eingehen, sorgfältig prüfen und beraten, selbstverständlich unter aktiver Einbeziehung der Betriebsräte, die schon beim ersten Anlauf zu einer Fusion mit Tata Steel sehr verantwortungsvoll agierten.

Unabhängig von einer Fusion und/oder einer Bundeshilfe über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist für alle deutschen Stahlhersteller wichtig, die europäischen Handelsbeschränkungen für chinesischen Dumpingstahl zu erhalten, zu wirksamen Maßnahmen gegen Carbon Leakage zu kommen und den Regierungswechsel in den USA zu nutzen, um dort wieder ins Geschäft zu kommen.

Hinzu kommt die Daueraufgabe eines wettbewerbsfähigen Industriestandorts Nordrhein-Westfalen und die Zukunftsinvestitionen in die Umstellung der Hochöfen auf klimafreundliche Stahlproduktion. Auch diese Herausforderung ist milliardenschwer, hat aber große Aussichten, eine NRW-Erfolgsgeschichte zu werden.

Ich komme zum Schluss. Bei der Frage der Stärkung des Industriestandorts und der Umrüstung von Stahlwerken auf Wasserstoff hat NRW industriepolitisch bundesweit die Poleposition, und nach der „H2“, der Wasserstoff-Weltpremiere am 11.11. des letzten Jahres bei thyssenkrupp, werden viele Millionen

Euro Landesmittel in die Umstellung der Stahlproduktion auf grünen Stahl fließen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Thyssenkrupp hat im Zusammenhang mit Corona und internationalen Handelsauseinandersetzungen die Hände des Bundes für sich da. Die Landesregierung steht im Interesse zigtausender Arbeitsplätze und wichtiger industrieller Wertschöpfungsketten dem Bund bei diesen wichtigen Entscheidungen mit Rat und Tat zur Seite.

Unsere Unterstützung als NRW-Koalition hat der Bund. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FDP spricht der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Thyssenkrupp hat einen weiteren erheblichen Stellenabbau angekündigt. Die Rede ist von insgesamt 11.000 Arbeitsplätzen. Diese Entscheidung markiert den bisher größten Sparkurs des Unternehmens, sie stellt aber auch einen tiefgreifenden Einschnitt in den nordrhein-westfälischen Industriestandort dar.

Das Unternehmen hat eine lange Tradition. Es hat über Generationen hinweg entscheidend zur Wertschöpfung und Arbeitsplatzsicherung in Nordrhein-Westfalen beigetragen und unseren Industriestandort entsprechend deutlich mitgeprägt.

Aber wir reden wir hier nicht nur über die Probleme beim Stahlgeschäft von thyssenkrupp Steel. Der Konzern insgesamt befindet sich in erheblicher wirtschaftlicher Schiefelage, insbesondere auch aufgrund von Fehlentscheidungen des Managements in der Vergangenheit. Seit Jahren stehen dadurch keine Gelder für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung, was sich auch auf die Erneuerung der Produktion und Anlagen auswirkt.

Die Vorstandsvorsitzende von thyssenkrupp, Frau Martina Merz, geht das Thema jetzt an. Sie will dem Konzern eine neue Struktur geben. Ihr Plan sieht vor, eine Sparte zu verkaufen, das Stahlgeschäft abzutrennen, und eine Sparte soll im Unternehmen bleiben.

Meine Damen und Herren, wir erleben derzeit einen weltweiten Umbau der Stahlindustrie. Die Investitionen für den erforderlichen Transformationsprozess und den Umbau hin zu klimaneutralen Anlagen bewegen sich in einer Höhe von 3 bis 10 Milliarden Euro. Es gibt für uns keinen Zweifel: Stahl als Ganzes ist systemrelevant und für ganz Deutschland, für

Europa und für die Wertschöpfungsketten in Nordrhein-Westfalen von essenzieller Bedeutung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das zeigen auch und gerade die aktuellen Vorgespräche in Berlin über mögliche Investitionen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds für thyssenkrupp Steel, nicht aber für den Konzern insgesamt.

Auch aus unserer Perspektive richten sich die Gespräche in Berlin an den richtigen Adressaten. Die Bedingungen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds werden derzeit geprüft. Der Vorstand von thyssenkrupp, die Gewerkschaften und die SPD fordern eine Beteiligung Nordrhein-Westfalens am Unternehmen. Selbst wenn man das wollte, muss man doch sehen, dass die Auflagen für eine Beteiligung des Landes immens hoch sind und praktisch kaum realisierbar wären. Im Vergleich dazu hat der Bund im Rahmen des Strukturstabilisierungsfonds deutlich bessere Möglichkeiten.

Was wir unbedingt brauchen, ist ein tragfähiges Zukunftskonzept und ein starker industrieller Partner; denn Staatshilfe allein kann keine Lösung sein. Sie ist auch nur schwer vorstellbar, da eine direkte Beteiligung erhebliche Folgen für den Wettbewerb mit sich bringen würde. Die Entscheidung liegt jedoch beim Bund, wie ich eben bereits sagte.

Die Landesregierung begleitet und unterstützt thyssenkrupp dabei. Sie ist nicht nur im Austausch mit Vertretern des Unternehmens, sondern auch mit möglichen Investoren. Eben ist schon das britische Stahlunternehmen LIBERTY Steel genannt worden. LIBERTY Steel hat ein Angebot zur Übernahme vorgelegt, das tatsächlich eine Option sein könnte. Das Konzept ist gut begründet. Es berücksichtigt in angemessener Weise die Transformation zu grünem Stahl, und das Stahlgeschäft von thyssenkrupp und die anderen Werke von LIBERTY in Europa könnten sich gut ergänzen.

Nichtsdestotrotz können wir als Liberale aber gut die Vorbehalte seitens der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften und auch des Betriebsrates nachvollziehen. Sie sprechen von fehlender Transparenz und fehlendem Vertrauen, insbesondere, weil einige der handelnden Personen das Vertrauen in der Vergangenheit verspielt haben. Da, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass beide Seiten stärker als bisher in den Dialog eintreten und genau schauen, dass man hier neues Vertrauen aufbaut. Ich denke, dabei kann die Politik gut helfen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, es braucht ganzheitliche Ansätze. Sie schaffen geeignete Rahmenbedingungen und Unterstützungsmaßnahmen, die den Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, den Transformationsprozess eigenständig bewältigen zu können.

Die Landesregierung unterstützt Unternehmen bei ihrer Transformation. Dazu hat sie schon viel auf den Weg gebracht, sei es das industriepolitische Leitbild, die landeseigene und bundesweit einzigartige Initiative IN4climate.NRW oder das „Spitzencluster Industrielle Innovationen“, kurz SPIN.

Unser Ziel muss sein, das Stahlgeschäft nachhaltig zukunftsfest zu machen. Dafür braucht es die beste Lösung. Minister Pinkwart hat erst vor Kurzem die neue Wasserstoff-Roadmap NRW vorgestellt. Sie zeigt unseren Fahrplan, mit Wasserstoff den Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaft zu gestalten. Wasserstoff bietet große Chancen für die Sicherung von Arbeitsplätzen und eine klimaneutrale Transformation auch der Stahlindustrie.

Wie Erzeugung und Anwendung von Wasserstoff am Stahlstandort Duisburg gelingen kann, zeigen die beiden Projektvorschläge „Wasserstoffelektrolyse in Duisburg“ und „Nutzung von grünem Wasserstoff – Aufbau einer Direktreduktionsanlage am Standort Duisburg“ der Initiative „Zukunft des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen“.

Meine Damen und Herren, für die NRW-Koalition steht außer Frage: thyssenkrupp muss ein international wettbewerbsfähiges Unternehmen sein, und die Arbeitsplätze müssen so weit wie möglich in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben.

Wir sind davon überzeugt: Je schneller wir bei den Investitionen in Erzeugung und Anwendung von Wasserstoff in der Stahlproduktion vorankommen, umso eher schaffen wir die notwendigen wirtschaftlichen Perspektiven für thyssenkrupp und seine Beschäftigten. Das sichert den Industriestandort und Arbeitsplätze nicht nur in Duisburg, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Abgeordnete Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Nachricht über den Abbau von 11.000 Stellen und das drohende Aus des Grobblechwerks von thyssenkrupp war in der vergangenen Woche für viele Menschen ein Schock. Es ist wichtig – unabhängig davon, dass wir uns an vielen Stellen ja nicht einig sind, wie wir mit der Situation umgehen –, dass wir heute das gemeinsame Signal schaffen: Wir stehen an der Seite der Beschäftigten und ihrer Familien.

Diese Menschen müssen heute erneut die Folgen von Managementfehlern der Vergangenheit tragen. Wir brauchen endlich ein entschlossenes und zu-

packendes politisches Handeln der Landesregierung, und zwar, um die akute Krise bei thyssenkrupp zu bekämpfen, und auch, um den Konzern auf neue Füße zu stellen und eine langfristige Perspektive zu schaffen.

Meine Damen und Herren, die Optionen dafür liegen auf dem Tisch. Wir haben sie in den vergangenen Wochen an verschiedenen Stellen debattiert. Wir Grüne haben vorgeschlagen, dass der Bund über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds einsteigt. Das wäre aus unserer Sicht das Mittel der Wahl. Ich kann den Ministerpräsidenten und den Wirtschaftsminister nur auffordern: Werfen Sie Ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale, damit das gelingt, damit über dieses Instrument eine Perspektive geschaffen werden kann.

Wir brauchen ein Moratorium für weitere Werkschließungen, weil wir es den Tarifpartnern nur so ermöglichen, die bestehenden Arbeitsplätze zukunfts- fest zu machen und zu erhalten und eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln.

Wir erwarten von Ministerpräsident Laschet auch, dass er seine Funktion im Kuratorium der Krupp-Stiftung endlich im Sinne der Beschäftigten von thyssenkrupp und endlich auch im Sinne des Stahlstandortes NRW nutzt. Der Ministerpräsident des Industrielandes NRW hat diesen Sitz nicht zur Repräsentation, nicht zur Dekoration, sondern er hat ihn, um diese Möglichkeiten zu nutzen.

(Zuruf von der CDU)

Er muss sich endlich glaubhaft und verlässlich an die Seite der Beschäftigten stellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, beim Grobblechwerk stehen 800 Arbeitsplätze akut auf dem Spiel. Land und Bund müssen bis zur letzten Sekunde gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften für den Erhalt dieses und auch der weiteren Werke des Konzerns kämpfen. Dazu fordern wir Sie auf. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen, um eine Perspektive zu schaffen, den Einstieg des Bundes über den WSF. Um auch bei dieser konkreten Werksschließung Perspektiven für den Konzern zu schaffen, muss eine Landesbürgerschaft geprüft werden, damit wir schnell zu Ergebnissen kommen und akut helfen können. Auch hierfür wurde der Rahmen im Zuge der Coronahilfen erweitert. Nutzen Sie bitte auch diese Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, diese Debatten sind immer wieder eine Gelegenheit, um Bilanz zu ziehen. In der wirtschaftspolitischen Debatte ist in der letzten Zeit „Prioritäten“ ein beliebtes Stichwort. Wenn wir uns mal einen Blick auf die Prioritäten und auf die Entwicklung der letzten Jahre erlauben, dann sehen

wir, dass Stellenabbau und Schließungen in der Industrie bereits 2019 auch bei vielen großen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen passiert sind – also schon vor Corona. Wir hatten da offensichtlich eine Entwicklung. Wir hatten Stellenabbau und Schließungen bei Bayer, bei Continental, bei Ford, bei Covestro, bei Siemens, bei Schaeffler, und natürlich ist auch die drohende Abwicklung von Streetscooter auch nicht zu vergessen.

Die Reaktion auf so eine Situation müsste doch sein, dass man sagt: Wir haben da ein Problem. Wir tun etwas, um den Unternehmen und den Beschäftigten zu helfen, und wir tun etwas, um zukünftige Schlüsselindustrien nach Nordrhein-Westfalen zu holen.

Aber was ist passiert? Was waren die Prioritäten? Was sind die Prioritäten dieser Landesregierung? Sie haben von Anfang an die Windenergie kaputtgemacht. Christian Lindner würde jetzt wahrscheinlich sagen: Das ist ein anderes Wort für Sabotage. – Die E-Mobilität haben Sie verschlafen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die großen Hersteller sind nicht nach Nordrhein-Westfalen gegangen. Die Werke für die Autos und Batterien entstehen in anderen Bundesländern. Die NRW-Start-ups werden im Regen stehengelassen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Die Wasserstoffindustrie entsteht gerade in anderen Regionen, und das Stichwort „neue Industrie“ kommt zum Beispiel auch beim Zukunftsprogramm Rheinisches Revier nur am Rande vor. Selbst die sogenannten energieintensiven Industrieunternehmen warten bis heute auf eine klare Linie, wie es für sie in NRW weitergeht.

Diese industriepolitische Bilanz dieser Landesregierung ist insgesamt verheerend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn mehr als Ankündigungen, mehr als pressewirksame Gipfel und mehr als die Fortschreibung der rot-grünen industriepolitischen Leitlinien sind bisher nicht gekommen.

Wenn man sich die letzten Monate anguckt, hilft auch nicht, was offenbar die oberste Priorität in der Wirtschaftspolitik hat. Oberste Priorität hatten ein schöner Auftritt von Herrn Laschet und Herrn Pinkwart vor der blauen Wand der Bundespressekonferenz und eine Bundesratsentschließung zum Bürokratieabbau, die im Oktober unter Tagesordnungspunkt 44 der Bundesratssitzung beraten wurde und inzwischen in den Ausschüssen versendet ist. Die Zeit, die Sie damit verbracht haben, diesen Presscoup vorzubereiten, hätten Sie auch in die Beschäftigten investieren können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was Sie, meine Damen und Herren, da vorgeschlagen haben, hilft den Beschäftigten in der Industrie nicht; sie brauchen konkrete Perspektiven.

Wir brauchen auch konkrete Perspektiven für unseren Stahlstandort, für unseren Industriestandort. Dabei ist ein klimaneutraler Stahl die einzige Innovationsperspektive, weil wir die Antworten von morgen brauchen und nicht die Konzepte von gestern, wie wir sie beim ersten Redebeitrag hier immer wieder aufgegossen bekommen haben. Das war nicht nur Rhetorik von sehr weit gestern, sondern das waren auch Antworten von gestern.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ach, das ist doch Quatsch! – Wir brauchen eine Perspektive für morgen, und dazu ist klimaneutraler Stahl die einzige Innovationsperspektive, die wir haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Einsatz der Landesregierung, damit es diese Perspektive gibt und damit NRW der Marktführer in diesem Sektor wird.

Herr Rehbaum, es ist schön und gut, dass es eine Versuchsanlage gibt; ich will das gar nicht infrage stellen. Aber zu sagen, dass wir es mit dieser einen Versuchsanlage, mit diesem einem Projekt geschafft haben, uns in die Poleposition dafür zu bringen, dass wir diese Entwicklung auf jeden Fall schaffen werden – na ja, das war vielleicht ein wenig zu viel des Guten. Es ist ein guter Schritt, aber es bedarf noch jeder Menge Einsatz und weiterer Schritte, und dafür brauchen wir einen guten Rahmen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben eben viel über den europäischen Rahmen gesprochen. Allerdings brauchen wir akut auch eine staatliche Unterstützung bei thyssenkrupp.

Zum einen bedeutet das natürlich im Konzern den Verzicht auf Boni und eine Dividendenausschüttung. Zum anderen bedeutet es vor allem aber auch einen vertraglich festgelegten Umbaupfad hin zu einer klimaneutralen Stahlherstellung auf der Basis von grünem Wasserstoff, eine verlässlichen Förderung – Verlässlichkeit – und Planungssicherheit. Denn dann können wir es schaffen, den Weg für Investitionen, für eine klimaneutrale Transformation und für das grüne Wirtschaftswunder freizumachen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Professor Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bolte-Richter, Sie scheinen die eigenen Taten irgendwie sehr glorreich in Erinnerung zu behalten.

(Lachen von Dietmar Brockes [FDP])

Ich konnte es hier gestern schon einmal ausdrücken: Die Forschungs- und Entwicklungsquote in Nordrhein-Westfalen, die im Wesentlichen von den Unternehmen getragen worden ist, ist während Ihrer Regierungszeit von 2,1 auf 1,9 % gesunken, während sie bundesweit von 2,8 auf 3 % gestiegen ist.

(Zuruf)

Im Jahr 2018 hatte Nordrhein-Westfalen so viel Industrieinvestitionen, wie seit 2008 nicht mehr.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das heißt, in der Zwischenzeit haben Sie die Rahmenbedingungen nicht gesetzt, damit sich die Industrie hier erfolgreich entwickeln konnte. Das wollen wir doch einmal festhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie aus den vergangenen Debatten wissen, beeinflussen viele Faktoren die Lage bei thyssenkrupp Steel Europe. Die Coronapandemie, eine nachlassende Konjunktur, Überkapazitäten auf dem Weltstahlmarkt und sich verschärfende Rahmenbedingungen für die europäische Stahlindustrie sind Gründe für die wirtschaftlichen Herausforderungen des Unternehmens.

Hinzu kommen die finanziellen Folgen unternehmerischer Fehlentscheidungen in der Vergangenheit und Pensionslasten in Milliardenhöhe. Diese werden den Konzern auf absehbare Zeit noch belasten.

Nach dem erfolgreichen Verkauf der Aufzugsparte, dem damaligen Tafelsilber des Konzerns, waren alle Beteiligten der Hoffnung, thyssenkrupp habe die schlimmste Krise überwunden und verfüge über die notwendigen Mittel, um den Umbau der Stahlsparte mit dem Ziel „Klimaneutralität“ voranzutreiben. Die Umsatzeinbrüche als Folge der Coronapandemie – das hat die Bilanzpressekonferenz gezeigt – haben dies jedoch verhindert.

Uns allen ist klar, dass die deutsche Stahlindustrie allein mit eigenen Anstrengungen keinen Ausweg aus dieser Krise finden wird. Deshalb ist hier, wie von den Fraktionen von CDU und FDP gefordert, eine Begleitung des Prozesses durch Bund und Land und vor allen Dingen durch die Europäische Union notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit das für die Landesregierung klar ist: Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland den modernsten Stahl der Welt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen, dass dieser modernste Stahl so klimafreundlich, so wirtschaftlich und damit so nachhaltig wie möglich auch in Zukunft bei uns produziert wird. Das ist unsere Zielsetzung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Probleme des Unternehmens, anders als von der SPD-Fraktion gefordert, nicht einfach mit einer staatlichen Beteiligung zu lösen sein werden. Vielmehr geht es vorrangig darum, unter Berücksichtigung der Wettbewerbsbedingungen neue Modelle im Stahlsektor zu erarbeiten.

Wir teilen die Auffassung, dass dabei ein starker Partner jetzt oder in Zukunft sehr hilfreich sein könnte. Zum einen gilt es deshalb, das vorgelegte Angebot der LIBERTY Steel Group zur möglichen Übernahme der Stahlsparte von thyssenkrupp seitens des Unternehmens ebenso sorgfältig zu prüfen wie andere nationale oder europäische Partnerschaften. Wir sehen, dass es einiges an Bewegung gibt und sich auch andere Unternehmen fragen, wie sie in Europa in Anbetracht der Rahmenbedingungen eine gute Zukunft finden können.

Zum anderen braucht es für den Umbau der Stahlindustrie verlässlicher Rahmenbedingungen und wirksamer öffentlicher Hilfen. Hierbei sehe ich zehn Handlungsfelder, die ich Ihnen kurz darlegen möchte.

Erstens. Die Landesregierung sieht die Nutzung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds als einzig gangbaren Weg für eine kurzfristige finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der pandemiebedingten Herausforderungen des Unternehmens. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Unternehmen nicht schon vor der Coronapandemie sanierungsbedürftig war.

Konkret: thyssenkrupp dürfte per 31. Dezember 2019 kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß der beihilferechtlichen Definition der EU-Kommission gewesen sein. Dies gilt es zu prüfen. Ein entsprechender Antrag des Unternehmens liegt zwar noch nicht vor, aber es gibt Vorgespräche, die das Land begleitet.

Zweitens. Überlegungen für eine Landesbeteiligung bei thyssenkrupp, wie die SPD es jetzt wiederholt zum Gegenstand der Diskussion gemacht hat, stehen allein schon aus rechtlichen Gründen erhebliche Hürden entgegen. Außerdem könnte sich eine staatliche Beteiligung negativ auf die notwendigen öffentlichen Hilfen auswirken, die bei der Transformation zur Klimaneutralität notwendig sind und auf die das Unternehmen in Zukunft, ebenso wie andere sicherlich auch, dringend angewiesen sein wird, wenn der Umbauprozess so schnell erfolgen soll, wie es die Märkte global notwendig machen könnten.

Drittens. Die Bundesregierung hat mit dem „Handlungskonzept Stahl“, das in Abstimmung mit der Stahlindustrie und den Gewerkschaften entwickelt wurde, ein umfassendes Handlungs- und Maßnahmenkonzept vorgelegt. Damit soll die deutsche Stahlindustrie vor dem Hintergrund der eingetretenen Umsatzeinbrüche unterstützt und ihr Umbau zu einer klimaneutralen Produktion auch durch finanzielle Beiträge begleitet werden.

Nordrhein-Westfalen und die anderen in der nationalen Stahlallianz zusammengeschlossenen Bundesländer haben dieses Handlungskonzept einhellig begrüßt und eine Beteiligung der Bundesländer bei den einzelnen Schritten angeboten.

Viertens. Auf unseren gemeinsamen Antrag hin wird die Bundesregierung in der Wirtschaftsministerkonferenz am kommenden Montagnachmittag über die ersten Schritte zur Umsetzung ihres „Handlungskonzept Stahl“ berichten.

Wir haben mit unserer Beschlussvorlage die Bundesregierung aufgefordert, sich weiterhin für Maßnahmen zur Vermeidung von Carbon Leakage und zur Herstellung eines Level Playing Fields einzusetzen. Nur so kann dem Klimaschutz und den energie- und außenhandelspolitischen Herausforderungen der Stahlindustrie wirkungsvoll begegnet werden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Fünftens. Wir fordern des Weiteren eine angemessene Förderung der investiven und operativen Kosten hin zu CO₂-ärmeren Produktionsweisen durch die Europäische Union und den Bund. Hierzu benötigen wir allerdings eine verlässliche beihilferechtliche Flankierung.

Wichtig ist ebenfalls, dass wir bei den außenhandelspolitischen Rahmenbedingungen mit Blick auf das Auslaufen der derzeitigen Safeguard Measures in der Europäischen Union darauf hinwirken, dass das WTO-Recht so anzuwenden ist, dass die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland gegen Dumping und nicht marktkonform staatlich finanzierte Wettbewerber aus Drittstaaten langfristig abgesichert werden kann.

(Beifall von der FDP)

Sechstens. Auf meine Initiative hin wird am 11. Dezember 2020 pandemiebedingt ein virtuelles High-Level-Meeting zur Zukunft der Stahlindustrie stattfinden; sonst würde dieses Treffen als Präsenzveranstaltung in Duisburg stattfinden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, Ministerpräsident Armin Laschet, Minister und Ministerinnen der Stahlländer, Sozialpartner und Vertreter der großen Stahlunternehmen in Deutschland haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. Wir wollen auf dieser Konferenz über die Umsetzung des „Handlungskonzept Stahl“ des Bundeswirtschaftsministers bzw. der Bundesregie-

zung sprechen und den für das nächste Jahr geplanten Nationalen Stahlgipfel in Duisburg vorbereiten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unter Einbeziehung der Stahlunternehmen, Gewerkschaften und Politik wichtige Lösungsansätze für die anstehenden Probleme finden werden.

Siebtens. Es geht darum, mithilfe von zukunftsfähigen und innovativen Ansätzen für den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen ein robustes und tragfähiges – also ökonomisch, sozial und ökologisch – wettbewerbsfähiges Modell zu entwickeln. Dafür wird Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem Bund und der Europäischen Kommission der Branche insbesondere beim Umbau hin zum grünen Stahl helfen.

Achtens. Das Vorhaben thyssenkrupps, die Inbetriebnahme der ersten Direktreduktionsanlage zur Erzeugung von Stahl auf Basis von Wasserstoff am Standort Duisburg, wird die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter unterstützen. Sie fördert dazu bereits die Erprobung der Wasserstoffeinspeisung in die Hochofenroute.

Das Unternehmen hat sich zudem erfolgreich bei der Bundesförderung der „Reallabore der Energiewende“ beworben und den Zuschlag erhalten. Damit kann dieses seitens des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Einstiegsprojekt im größeren Maßstab umgesetzt werden. Diese Umrüstung bedeutet einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität und einer zukunftsfähigen Stahlproduktion am Standort Nordrhein-Westfalen. Ich füge hier ausdrücklich hinzu, lieber Herr Bolte-Richter: Dem müssen weitere Schritte schneller folgen, als dies vom Unternehmen und auch von der Politik bisher gesehen worden ist.

(Kopfnicken von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Neuntens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, werden wir für die klimaneutrale Stahlproduktion auch große Mengen an Wasserstoff benötigen. Die Landesregierung unterstützt daher den Markthochlauf zielgerichtet.

Dafür wurde am 9. November ein umfangreiches strategisches Handlungskonzept, die Wasserstoff-Roadmap, in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Darin werden zentrale Rahmenbedingungen ebenso adressiert wie notwendige Infrastrukturmaßnahmen, internationale Partnerschaften und Importstrategien. Branchenspezifische Zielmarken, insbesondere für die Stahlindustrie, dienen der konsequenten Umsetzung dieser Strategie. Uns wurde seitens der Unternehmer, der Industrie und der Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus eine breite Unterstützung dieser Wasserstoff-Roadmap signalisiert.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Landesinitiative IN4climate.NRW unterstützt Unternehmen aus der nordrhein-westfälischen Industrie dabei, die Transformation in eine treibhausgasneutrale Wirtschaftsweise zu schaffen und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Die Bereitstellung von nachhaltigem Wasserstoff ist dabei ein Schwerpunktthema, und wir werden alles tun, auch mit unseren europäischen Nachbarn – wir haben das Thema gerade in der Regierungskonsultation mit den Niederlanden –, dass wir die Infrastruktur in den nächsten Monaten und Jahren auch schnell an den Start bekommen.

Zehntens. Wir werden uns ebenfalls gegenüber der Bundesregierung und der EU für die Schaffung der notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Nutzung und Bereitstellung von Wasserstoff sowie für den Aufbau und die Bereitstellung der Infrastruktur einsetzen. Der entsprechende Bundesratsbeschluss wurde auf Initiative Nordrhein-Westfalens erst kürzlich gefasst.

Die Landesregierung bemüht sich zudem, bei der Ausgestaltung des von der Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Wasserstoffstrategie angekündigten Pilotprogramms für Carbon Contracts for Difference in der Stahlindustrie mitzuwirken und dieses zeitnah für Stahlunternehmen auch in unserem Land zugänglich zu machen.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Der Stahl, meine Damen und Herren, gehört zur DNA des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen. Darin werden wir nicht nur übereinstimmen, sondern das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Aber damit das so bleiben kann, muss sich auch die Industrie ein Stück weit neu erfinden. Dieser wollen wir helfen, damit der modernste und umweltfreundlichste Stahl aus Nordrhein-Westfalen kommt und den Beschäftigten zukunftsfähige Arbeitsplätze geboten werden. Damit das gelingt, werden wir alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, um den Umbauprozess, der jetzt ansteht, so verantwortungsvoll und nachhaltig wie möglich zu unterstützen.

Ich füge ergänzend hinzu: Wir werden um jeden einzelnen Standort ringen, und wir werden insbesondere darum ringen müssen, dass es im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozial fair zugeht, dass wir den Standorten gute Perspektiven eröffnen und dass wir den Stahl, den wir hier in Zukunft haben wollen, so modern, so umweltfreundlich und so wirtschaftlich wie möglich herstellen können, damit er uns auch in Zukunft nachhaltig zur Verfügung steht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Herr Minister. – Für die SPD spricht nun die Abgeordnete Frau Philipp.

Sarah Philipp (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr, sehr gut, dass wir das Thema „thyssenkrupp“ und das Thema „Stahl“ heute noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt haben. Schließlich ist in der Debatte klar geworden, dass es diesbezüglich und auch bezüglich dessen, was in der Vergangenheit passiert ist und jetzt getan werden muss, unterschiedliche Wahrnehmungen gibt.

Einen Punkt kann ich in Richtung der Landesregierung und auch der regierungstragenden Fraktionen zu diesem Zeitpunkt der Debatte festhalten: Auch heute ist die Frage unbeantwortet geblieben, was die Landesregierung konkret macht, was Sie konkret machen, um akut den Menschen zu helfen, denen der Arbeitsplatzverlust droht. Diese Frage ist von Ihnen auch heute leider wieder nicht konkret beantwortet worden.

(Beifall von der SPD)

Insofern stellt sich für uns die Frage, wie wichtig Ihnen das Thema eigentlich ist bzw. ob Sie überhaupt den Ernst der Lage erkannt haben.

Wir haben heute über Duisburg gesprochen. Wir haben über verschiedene Standorte gesprochen. Und wir wissen nicht erst seit letzter Woche, sondern seit mehreren Monaten, dass die Lage besorgniserregend ist und sich weiter zuspitzt. Die Zahl der Stellen, die wegfallen sollen, ist größer geworden, als ursprünglich geplant war.

Die drohende Schließung des Grobblechwerks im Duisburger Süden – auch darüber haben wir heute gesprochen – macht den Ernst der Lage in Duisburg noch einmal deutlich. 800 Beschäftigte bangen dort zurzeit um ihren Job, und diese Beschäftigten machen nicht nur einen tollen Job an diesem Standort, sondern – auch das gehört zur Debatte dazu – haben auch schon in der Vergangenheit sehr viele Opfer zugunsten des Unternehmens erbracht.

Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion dieses Thema bereits einige Male in den letzten Monaten hier in den Landtag eingebracht und mehrfach auf die Tagesordnung gesetzt. Wir haben Sie nach Ihren Ideen gefragt, nach den Ideen der Landesregierung, nach den Plänen. Wir haben nach der Unterstützung gefragt. Wir haben natürlich auch eigene Vorschläge gemacht, und darüber möchte ich heute etwas ausgiebiger sprechen.

Wir haben in der letzten Plenarwoche einen Antrag gestellt und Sie zu einer möglichen Landesbeteiligung an thyssenkrupp befragt. Das ist übrigens keine Idee, die einzig und allein von der SPD stammt, sondern darauf sind auch andere gekommen. Dieser

Antrag – das möchte ich auch deutlich sagen – konnte in der vergangenen Plenarsitzung allerdings bei keiner der übrigen Fraktionen Zustimmung finden.

Was mir aus der letzten Plenardebatte noch sehr gut im Gedächtnis geblieben ist und was die Debatte heute bestätigt hat, ist – und das hat auch die Argumentation deutlich gemacht –, dass der Ernst der Lage noch nicht bei allen angekommen ist und dass offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmungen bestehen, was jetzt akut getan werden muss und was perspektivisch durchaus sinnvoll sein kann. Ich glaube, hier werden einige Punkte miteinander vermischt.

Ich möchte es hier sortieren, um es noch mal klarzumachen. Denn letztendlich ist es – und darüber müssen wir heute reden – eine Frage der Prioritätensetzung der Landesregierung, eine Frage, was man jetzt politisch zu tun bereit ist. Hier muss man unterscheiden: Was ist jetzt angesagt? Und was ist mittelfristig und langfristig sinnvoll?

Ich möchte auf den ersten Punkt eingehen. Dazu hat sich die Landesregierung ausgiebig geäußert, dazu haben sich aber auch die regierungstragenden Fraktionen in der letzten Plenarwoche und auch heute wieder zu Recht und ausgiebig geäußert. Es geht natürlich darum, den Stahlstandort hier in Nordrhein-Westfalen perspektiv gut und neu aufzustellen. Das ist gar nicht das Thema.

Wir haben über das Thema „Wasserstoff“ gesprochen, ebenso über die Wasserstoffstrategie. All das spielt eine große Rolle, um die Stahlproduktion zukunftsfähig aufzustellen. Sie haben in der letzten Debatte und auch heute wieder auf Ihre Wasserstoff-Roadmap und darauf, was die Landesregierung da getan hat

(Henning Rehbaum [CDU]: Ist ja auch eine gute Sache!)

und auch in Zukunft weiterhin tun wird, abgezielt. Das ist grundsätzlich ein guter Ansatz. Aber die Frage ist doch: Welche Maßnahmen sind jetzt notwendig? Und was muss eigentlich getan werden, um diese akute und bedrohliche Lage anzugehen?

Darüber müssen wir sprechen; das ist mir in der heutigen Debatte bislang zu kurz gekommen: Wenn es keine Produktion mehr gibt, wenn es keine Werke mehr gibt, kann diese Wasserstoff-Roadmap leider niemandem mehr helfen. Wenn nichts mehr da ist, kann auch nichts mehr transformiert werden; das ist der entscheidende Punkt. Darüber müssen wir heute reden, und darüber müssen wir uns mehr Gedanken machen.

Der zweite Punkt: Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass eine Landesbeteiligung, ein Einstieg des Staates bei thyssenkrupp in der jetzigen Lage sehr helfen

würde. Vielleicht ist es sogar das Einzige, was in der jetzigen Situation noch helfen kann.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP – das sage ich auch in Richtung Landesregierung –: Wenn Sie schon nicht auf uns hören, wenn Sie nicht bereit sind, auf die Anträge der Opposition bzw. der SPD-Fraktion anzuspringen – das kann ich ja nachvollziehen –, und auch nicht über Ihren ideologischen Schatten springen möchten, hören Sie doch wenigstens anderen Menschen zu, die sich dazu ihre Gedanken gemacht und sich zum Thema geäußert haben.

Ich will zum Beispiel Professor Dr. Achim Truger zitieren – das ist einer der fünf Wirtschaftsweisen –, der in der vergangenen Woche laut „WAZ“ vom 19. November 2020 sagte – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Bei der strategisch bedeutsamen Stahlbranche finde ich es sehr einleuchtend, einen Einstieg zu prüfen, diese Schlüsselindustrie kann der Staat schlecht fallen lassen.“

Er sagt weiter:

„Angesichts der ohnehin anstehenden ökologisch-sozialen Transformation (...) könnte eine kurzfristige Staatsbeteiligung (...) helfen, die akute Coronakrise zu überstehen. Mittelfristig kann man etwa durch eine Anschubfinanzierung die Umstellung auf grünen Stahl fördern. Das wäre aus meiner Sicht ein plausibler Plan.“

(Beifall von der SPD und von Arndt Klocke [GRÜNE])

Aus unserer Sicht ist das ganz klar ein sehr plausibler Plan, den wir ausdrücklich unterstützen wollen. Wenn Sie schon nicht auf die SPD im Landtag hören wollen, hören Sie doch bitte zumindest auf einen Wirtschaftsweisen.

Nehmen Sie sich diese Einschätzung zu Herzen, und denken Sie noch einmal darüber nach, welchen Weg man gemeinsam finden kann, denn es geht um Tausende Arbeitsplätze. Tun Sie endlich das Richtige. Unterstützen Sie einen Staatseinstieg. Machen Sie eine Landesbeteiligung möglich.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie noch einmal darüber nachdenken, wird das auch klar, denn am Ende gilt für Sie und für uns alle –: Man kann nicht den zweiten Schritt tun, ohne den ersten gemacht zu haben.

Hier von grünem Stahl zu reden, was absolut richtig ist und was wir zu 100 % unterstützen, geht am Ende nur, wenn auch morgen noch in Nordrhein-Westfalen produziert werden kann. Verstehen Sie das endlich. Handeln Sie. Das können die Menschen in Nordrhein-Westfalen von ihrer Landesregierung erwarten. – Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Vogt das Wort.

Petra Vogt (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte zeigt, dass wir uns hier im Hause einig sind, dass Stahl systemrelevant ist. Wir alle haben ein hohes Interesse am Erhalt der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie, insbesondere des Standorts Duisburg, des größten Stahlstandorts Europas.

(Vereinzelt Beifall von der CDU sowie Beifall von Ralph Bombis [FDP] und von Dietmar Brockes [FDP])

Als Duisburgerin bin ich der Landesregierung daher sehr dankbar, dass sie in enger Abstimmung mit der Bundesregierung und den in der nationalen Stahl-Allianz vertretenen Bundesländern alle denkbaren Unterstützungsmöglichkeiten auslotet.

Die zentrale Bedeutung der Stahlindustrie für unser Land erkennt man auch an dem geplanten zweiten nationalen Stahlgipfel, der nun leider coronabedingt von Dezember auf das kommende Jahr verschoben werden muss.

Unser besonderer Fokus liegt dabei natürlich auf den direkt und indirekt Beschäftigten. In der Stahlindustrie haben wir zahlreiche hoch qualifizierte Arbeitsplätze, die wir zum Wohle der Menschen in der Region und zum Wohle der gesamten Region unbedingt erhalten wollen. Dafür wird die CDU-Fraktion ihren vollen Einsatz zeigen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen kann aber nur langfristig eine Zukunft haben, wenn ihr der Transformationsprozess hin zu einer modernen und wettbewerbsfähigen Industrie gelingt.

Wir sind bereit, diesen Wandel nach Kräften politisch zu unterstützen. Allerdings ist hier natürlich auch das Management der Konzerne gefragt. Im Unternehmen selbst weiß man, dass es auch hausgemachte Fehler gibt, die nicht erst in den Monaten der Coronaphase entstanden sind, sondern bereits Jahre zurückliegen.

Die Politik ist nicht in der Lage, und es ist auch nicht ihre Aufgabe, alle unternehmerischen Fehlentscheidungen zu kompensieren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf)

Anders verhält es sich – das haben meine Vorredner schon angesprochen – natürlich bei coronabedingten Schieflagen oder aber auch bei Wettbewerbs-

verzerrungen. Hier – das hat der Minister schon klar ausgeführt – setzt sich die Landesregierung ganz stark für die Stahlindustrie ein.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und von Dietmar Brockes [FDP])

Es ist daher wichtig, gemeinsam nach vorne zu schauen und Lösungen zu entwickeln, die für die Zukunft tragen und dazu führen, dass wir weiterhin die modernste und größte Stahlindustrie bei uns haben werden.

Ein ganz wesentlicher Schritt ist dabei unter anderem das Reallabor der Energiewende, für das thyssenkrupp den Zuschlag erhalten hat; auch das wurde vorhin schon angesprochen.

Dort wird der Wasserstoffeinsatz in einem Stahlwerk mit dem Ziel untersucht, eine CO₂-neutrale Stahlproduktion auf den Weg zu bringen. Das ist sehr kostenintensiv, aktuell aber absolut zukunftsweisend und für uns alle auch der richtige Weg.

Diese federführende Zukunftstechnologie und viele weitere Programme, die bereits aufgezeigt wurden, geben Hoffnung, dass NRW auch in den kommenden Jahren ein bedeutender Stahlstandort sein wird. Daran sollten wir weiterhin mit aller Kraft arbeiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Wenn August Thyssen und Alfred Krupp heute noch leben würden: Was würden sie über ihr Unternehmen denken? Was würden sie über die deutsche Wirtschaftspolitik denken?

Beiden Herren haben wir wirtschaftlich viel zu verdanken. Die Essener Krupp AG war eines der größten Schwerindustriunternehmen der Welt. Die Thyssen AG, ursprünglich ein Konglomerat aus Einzelunternehmen, war eine der 30 wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften.

Heute ist die thyssenkrupp AG nicht mal mehr im Deutschen Aktienindex vertreten. Heute wird Billigstahl aus Fernost importiert. Heute wird vieles getan, um die deutsche Schwerindustrie im Namen des Klimas auf den Boden zu drücken, während in anderen Ländern Fabriken mit deutschem Geld dampfen.

August Thyssen und Alfred Krupp mussten ihre Unternehmen gegen wirtschaftliche Angriffe aus dem Ausland verteidigen. Heute müssen die Erben von August Thyssen und Alfred Krupp ihr Unternehmen gegen politische Angriffe aus dem Inland verteidigen.

Das Ausland schaut dabei lachend und sicherlich auch peinlich berührt zu.

Die über 160.000 Mitarbeiter von thyssenkrupp haben hingegen derzeit wenig zu lachen. Anstatt deutsche Unternehmen zu fördern und zu schützen, zahlte die Bundesrepublik Deutschland seit 1979 allein 10 Milliarden Euro Entwicklungshilfe an die kommunistische Volksrepublik China.

(Christian Loose [AfD]: Hört, hört!)

Unter den zehn größten Empfängerstaaten deutscher Entwicklungshilfe lag die Volksrepublik 2018 auf Platz 4.

Auch die Türkei erhält jährlich Hunderte Millionen Euro an deutscher Entwicklungshilfe. Der 2018 eröffnete Großflughafen Istanbul wurde in nur vier Jahren erbaut und hat bereits jetzt eine Flugkapazität von 90 Millionen Fluggästen.

Beim Blick auf unsere Infrastruktur frage ich mich, warum die Türkei uns keine Entwicklungshilfe überweist; vielleicht könnten wir dann endlich vernünftige Brücken und Flughäfen bauen.

(Beifall von der AfD)

Es gibt neben den Vereinigten Staaten kein Land auf der Welt, welches mehr Geld in alle Welt verschickt als Deutschland. Am meisten Geld aus Deutschland erhält übrigens das Land mit der weltweit größten Anzahl von Muslimen: Indonesien.

Fast 1 Milliarde Euro flossen 2018 in die islamische Republik. Die Arbeitslosenquote ist dort mit knapp 6 % niedriger als in Deutschland – kein Wunder, denn Indonesien ist reich an Rohstoffen und reich an deutscher Entwicklungshilfe.

Allein auf die relativ kleine Insel Bali kommen jährlich 4 Millionen Gäste aus aller Welt, um dort ihren Urlaub zu verbringen. Wer jetzt denkt, bei all dem deutschen Geld, welches nach Indonesien fließt, ist Deutschland der Haupthandelspartner dieses Landes, der irrt.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Haupthandelspartner Indonesiens ist natürlich die Volksrepublik China. Deutschland spielt keine Rolle.

(Mehrere Zurufe)

Selbst die sogenannten palästinensischen Gebiete bekamen 2018

(Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke)

180 Millionen Euro deutsches Geld.

(Zurufe – Andreas Keith [AfD]: Sie sollten sich schämen! Wir sind dafür nicht verantwortlich!)

All dieses Geld sollten wir besser nutzen, um hier bei uns stabile Brücken zu bauen. Was spricht dagegen,

deutsche Brücken mit deutschem Stahl zu bauen, zum Beispiel mit thyssenkrupp-Stahl?

Jetzt mögen die bunten deutschen Politiker behaupten, dies ginge gar nicht, weil die EU-Vorschriften dies nicht erlauben. Wenn dem so ist, müssen solche EU-Fesseln schnellstens beseitigt werden.

Anscheinend will die Mehrzahl deutscher Politiker aber primär das Weltklima ändern, Aufsichtsräte von Unternehmen nach biologischen Kriterien besetzen und jedes Nomen mit einem Sternchen versehen.

Während deutsche Parteien sich mit selbsterfundnen Geschlechtern und Windindustrieanlagen beschäftigen, machen andere Staaten Politik für ihre Wirtschaft.

Es ist eine Schande, dass möglicherweise bald 11.000 Mitarbeiter von thyssenkrupp staatliche Hilfe benötigen, weil die deutschen Rahmenbedingungen Unternehmen so viele Fesseln anlegen. Die Fesseln sind das Problem.

(Michael Hübner [SPD]: Die Fesseln? Mein Gott, was ist das denn für ein dummes Zeug!)

Ein staatlicher Einstieg in das Unternehmen ist allerdings keine Lösung, denn die Unternehmensführung müsste belegen, dass das Stahlgeschäft vor Beginn der Coronapandemie wettbewerbsfähig war; Herr Professor Pinkwart hat das deutlich dargelegt.

Die Arbeitsplätze müssen bewahrt werden. Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit muss bewahrt werden. Das Erbe von August Thyssen und Alfred Krupp muss bewahrt werden. Herr Minister, das ist eine Riesenaufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Maske? Ihre Maske liegt noch hier vorne.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf: Ist aus Indonesien, die Maske! – Weitere Zurufe – Herbert Strotebeck [AfD]: Entschuldigung!)

– Alles in Ordnung. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart noch einmal das Wort.

(Weitere Zurufe)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte noch einmal auf den Beitrag von Frau Philipp eingehen.

Sie haben eine Aktuelle Stunde wie andere Fraktionen heute auch beantragt. Sie haben in Ihrer Begrün-

dung die Landesregierung gebeten darzulegen, welche Handlungsfelder sie sieht und welche Maßnahmen sie ergreifen will.

Ich habe Ihnen unsere zehn Punkte vorgetragen, an denen wir unser Handeln ausrichten. Das sind sehr konkrete Schritte, die wir vorbereitet haben und an denen wir arbeiten, um dem Stahl wirklich zu helfen.

Sie haben bisher nur ein Angebot gemacht und gesagt: Der Staat soll sich doch beteiligen, und danach schauen wir einmal, wie es mittelfristig weitergeht.

Der Staat ist an der Lufthansa beteiligt. Da sind schon 22.000 Mitarbeiterstellen abgebaut worden, weitere 5.000 sollen abgebaut werden. Wer den Eindruck vermittelt, wenn der Staat sich beteilige, lösten sich etwa für die Mitarbeiter oder das Unternehmen die Probleme von selbst, wird schon dort ganz klar widerlegt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein zweiter Punkt: Ich betreibe keine ideologische Wirtschaftspolitik, sondern eine ganz pragmatische; da kommen alle Instrumente zum Tragen. Das Grundgesetz und die soziale Marktwirtschaft lassen auch eine Beteiligung des Staates zu; sonst könnten wir es gar nicht machen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es geht hier nicht um ideologische Verblendung, sondern nur um die Frage: Was ist der beste Weg? Das ist doch die zentrale Frage.

(Beifall von der FDP – Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Sie müssen sehen, dass sich ein Unternehmen wie thyssenkrupp im Wettbewerb zu anderen nationalen Stahlunternehmen befindet, deren Bereitschaft, in Richtung einer deutschen Stahl AG zu gehen, im Moment noch nicht so ausgeprägt ist.

Ich würde das auch als eine ernsthafte Option ansehen; das möchte ich hier noch einmal darlegen. Das müsste geprüft werden, aber das Interesse ist unterschiedlich ausgeprägt. Das steht alleine für den nationalen Wettbewerb.

In Europa haben wir noch viele andere Player. Die Europäische Kommission wird nicht irgendeiner Beteiligung zustimmen können, wenn es dafür keine Notifizierung gibt; das wissen Sie doch alle.

Als einzige Notifizierung liegt im Moment die für den WSB vor. Sie hat ganz klare Voraussetzungen. Das wird alles in Vorgesprächen geprüft, an denen Ihr Vizekanzler beteiligt ist. Dort wird man sehen, welche Spielräume wir haben, wo wir wirklich helfen können.

Ich bekräftige noch einmal: Wir würden es aus pragmatischen Gesichtspunkten heraus für richtig halten,

wenn es über den WSB eine Chance gibt, die coronabedingten Probleme besser lösen zu können.

Das löst aber noch nicht die anderen Probleme, über die wir hier gesprochen haben. Dafür brauchen wir ein umfassendes Handlungskonzept. Das hat der Bundeswirtschaftsminister vorgelegt. Wir Länder sind mit dem Bund darüber im Austausch, wie wir das umgesetzt bekommen.

Wir – das will ich hier noch einmal unterstreichen – werden alles tun, damit das Unternehmen sich hier in Nordrhein-Westfalen nachhaltig weiterentwickeln kann. Dann werden wir aber auch über den einen oder anderen Standort reden müssen. Wir müssen ständig über Standorte reden, von vielen Unternehmen. Das wird hier genauso sein.

Besondere Anerkennung verdienen hier die Gewerkschaften, die Sozialpartner, die diesen Prozess sehr verantwortungsvoll begleiten. Wir wissen um das Schicksal für die Betroffenen. Wir wollen, dass das so sozialverträglich und standortverträglich wie möglich läuft, aber wir müssen alle zusammenwirken und klug agieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Pinkwart, wir brauchen von Freidemokraten keine Belehrung, wenn es darum geht, wie Wirtschaft zu organisieren ist.

(Beifall von der SPD – Lachen und Zurufe von der FDP)

Die FDP ist mit ihrem Mantra „privat vor Staat“ gescheitert; das sehen wir doch.

(Beifall von der SPD)

Wer hat denn die Finanzkrise verursacht? Staatliche Unternehmen, Herr Brockes? – Wohl kaum. Da wäre ich also ganz vorsichtig.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Wer hat denn für den Schlamassel bei thyssenkrupp gesorgt? Waren das staatliche Eingriffe? – Nein, es waren schwerste Managementfehler. Also wäre ich mit dem Mantra „privat vor Staat“ mal ganz ruhig.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der FDP – Unruhe – Glocke)

Die Sozialdemokraten haben Offenheit in der Debatte eingefordert, Herr Minister.

(Zuruf)

Wenn Sie Ende Oktober noch einmal sagen „In Nordrhein-Westfalen gibt es keine Tradition von Staatsbeteiligungen“, ist das für Sozialdemokraten zu wenig. Wir können hier nicht über Traditionen, über den Blick zurück reden, sondern brauchen den Blick nach vorne.

Sie haben die Herausforderungen richtig beschrieben, aber dann müssen Sie auch darüber reden, was wir organisieren wollen. Wenn Herr Brockes im Ausschuss über Planwirtschaft spricht und mein Kollege Sundermann angegriffen wird, weil er gerade darauf verwiesen hat, dass hier wie in Familienunternehmen gearbeitet werden muss, glaube ich nicht, dass wir Sozialdemokraten so fern von der Wirtschaft sind.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Es geht darum, salbungsvolle Worte mit Wirklichkeitspolitik zu unterfüttern. Darauf warten wir.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Sie haben große Rechtsabteilungen, die sagen: Das ist alles schwierig. – Natürlich ist das alles schwierig. Dann setzt man sich dran und schaut, welche Lösungen erarbeitet werden können.

Darüber können wir reden. Sie nehmen für sich in Anspruch, völlig ideologiefrei zu sein. Dahinter würde ich einmal ein dickes Fragezeichen setzen. Sie haben sich klar festgelegt.

Wir wollen Offenheit und erkennen auch an, dass das schwierige Fragen sind. Für den Standort Nordrhein-Westfalen reicht es aber nicht, sich wegzuducken und zu sagen: Das ist problematisch. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite gemäß § 11 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW)

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/11846